



Kreistagssitzung 14. Juli 2011

Der Kreistag hat mit großer Mehrheit – in wesentlichen Punkten zusammen mit der SPD – beschlossen, die Auftragsvergabe an die Anwaltskanzlei Dr. Stöber, Oehring, Vauth und Partner durch die Bezirksregierung überprüfen zu lassen. Die vom Landrat gegebenen Antworten auf die von den Fraktionen gestellten Fragen erhellten den Sachverhalt in keiner Weise. Daher soll nun die Kommunalaufsicht den Vorgang prüfen.

Zu einem Eklat kam es bei der Ablehnung einer Dringlichkeitsentscheidung. Es ist üblich, dass bei derartigen Entscheidungen neben dem Landrat ein Vertreter einer anderen politischen Richtung diese Entscheidung mit unterschreibt; das soll eine Zustimmung im Kreistag absichern.

Im vorliegenden Fall ging es eher um eine Lappalie. Der Landrat wollte die Zustimmung zu einer kurzfristigen Vertretungsregelung einer Aufsichtsratssitzung durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Schmitz erreichen. Dieser hatte dies – jedoch mit Alternativnennungen - abgelehnt, weil es sich bei dem Vertreter um das strittige Verwaltungsvorstandsmitglied Michael Maas handelte. Daraufhin wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Kiehlmann gebeten zu unterschreiben, der dies auch tat. Dabei soll er nach eigener Aussage nicht darüber informiert worden sein, dass Dr. Schmitz die Unterschrift verweigert hat. Dies bestreitet der Landrat, stellt also seinen Fraktionsvorsitzenden damit als Lügner dar. Dies führte natürlich vor allem in der SPD-Fraktion zu erheblichen Unmut, der darin gipfelte, dass die SPD-Kollegin Daniela Schwitt diesen Sachverhalt als "Ungeheuerlichkeit" bezeichnete, für die sie keine Worte finde.

Beide Vorgänge belegen, dass das Arbeitsklima im Kreistag zur Zeit wegen des Verhaltens des Landrates sehr angespannt ist, um

es milde zu sagen. Das hat aber leider Auswirkung auf Sachthemen, die wegen des großen Zeitaufwands mit der Beschäftigung von Randthemen, wie es die beiden oben angesprochenen sind, nicht genügend Aufmerksamkeit finden.

Dabei gibt es eine Reihe von Erfolgen, für die die CDU in der Vergangenheit und auch jetzt verantwortlich zeigt:

- Im Kreistag wurde einstimmig verabschiedet eine **Resolution zur Verankerung des Soziallastenansatzes auf der Kreisstufe des Gemeindefinanzierungsgesetzes**. Dies soll die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessern, da dann die Kreisumlage gesenkt werden könnte.
- Durch die unendliche Diskussion über die Neuorganisation der Kreisverwaltung sah sich der Kreistag auf Antrag der CDU veranlasst, eine weitere Resolution zu verfassen, auch hier inhaltlich in voller Übereinstimmung aller Fraktionen, die besagt, dass die **Änderung der Kreisordnung** aus der vorigen Legislaturperiode des Landtages in Teilen zurück genommen wird. Hiermit soll eine Gleichstellung der Rechte von Kreistag hinsichtlich der Stellung des Landrates mit denen der Gemeinde-/Stadträte bezogen auf die Bürgermeister erreicht werden.
- Sehr positiv äußerte sich die **Gemeindeprüfungsanstalt** über die Ergebnisse der durchgeführten Prüfung des Kreises Wesel. Die Haushaltspläne des Kreises Wesel, die in den letzten Jahren im Wesentlichen durch die CDU beeinflusst waren, fanden keine Prüfungsbeanstandungen, sondern Anerkennung wegen ihrer Gemeindefreundlichkeit. Allerdings lasse sich der Einsatz aus der Ausgleichsrücklage nicht unbegrenzt fortsetzen.

- Bei der Bilanzpressekonferenz der **NIAG** wurde bestätigt, dass die Entscheidung des Kreistages in 2004 auf Initiative der CDU, einen privaten Unternehmer mit als Anteilseigner aufzunehmen, sich inzwischen als positiv bestätigt hat. Nach einer „schwachen Null“ im Jahre 2010 wird für die zukünftigen Jahre ab 2013 ein profi-

tables Ergebnis prognostiziert, wie es beim Verkauf der Anteile vereinbart war. „Damit ersparen wir dem Kreis und damit den Kommunen einige Million Euro an differenzierter Kreisumlage und helfen gleichzeitig bei der Haushaltskonsolidierung,“ sagte Dr. Hans-Georg Schmitz zur Presseerklärung der NIAG.

Sommertreff der CDU



Auf großes Interesse stieß auch in diesem Jahr der Sommertreff der CDU-Kreistagsfraktion in der Stadthalle Rheinberg, der zum 11. Mal, zusammen mit dem CDU-Stadtverband Rheinberg, veranstaltet wurde. Als Referentin konnte die vor allem durch das ARD-Morgenmagazin bekannte Moderatorin und Journalistin Anne Gesthuysen gewonnen werden, die aus Alpen-Veen stammt.

In seiner Begrüßung wies der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Georg Schmitz darauf hin, dass der Sommertreff dazu diene, führende Persönlichkeiten des Kreises und Repräsentanten seiner Kommunen, Verbände und Organisationen zusammen zu führen, um über aktuelle und perspektivisch wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren.

Mit der Referentin mit den Wurzeln am Niederrhein - und damit auch mit der Region Vertrauten - wurde zu dem Thema „Medien und Politik“ eine authentische und kompetente

Persönlichkeit gefunden, die über die veränderten Konstellationen im Bereich Printmedien, Radio und Fernsehen – aber auch Internet – aus ihrer eigenen Anschauung berichten konnte. Frau Gesthuysen verstand es, aus ihrer Erfahrung in den verschiedenen Bereichen der politischen Information anschaulich und mit Beispielen für alle verständlich die Probleme aufzuzeigen, die ihr als Moderatorin mit den unterschiedlichen Typen von Politikern begegnen, die aber auch die Politiker mit den Medien haben. Ihr Resümee lautete schließlich: „Es besteht eine Abhängigkeit zwischen Zuhörern/Zuschauern, Medien und Politik, jeder ist von jedem abhängig und jeder kann nur soweit gehen, wie es der andere zulässt.“

Für die Teilnehmer/-innen des Sommertreffs stand fest: Es hat sich wieder einmal gelohnt, sich diesen Samstagmorgen für die politische Diskussion freizuhalten. Es wird daher sicher einen zwölften Sommertreff geben.